

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Karl Addicks, Hellmut Königshaus, Detlef Parr, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Carl-Ludwig Thiele, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP**

### **Missfallen an der südafrikanischen Aids-Politik betonen und weitere deutsche Entwicklungszusammenarbeit an Bedingungen knüpfen**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Südafrika ist Schwerpunktpartnerland der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und hat seit 1994 Zusagen in der staatlichen bilateralen EZ in Höhe von 400 Mio. Euro bekommen. Dies bedeutet für das Jahr 2005 Neuzusagen in Höhe von 45 Mio. Euro. Querschnittsthema der EZ ist aufgrund seiner immensen Bedeutung das Thema HIV/Aids. Nach Schätzungen des Aids-Bekämpfungsprogramms der Vereinten Nationen UNAIDS sind in Südafrika 5,5 Millionen Menschen (d. h. 11,6 Prozent der Bevölkerung) in 2006 bei immer noch steigender Tendenz mit HIV/Aids infiziert.

Gleichzeitig jedoch erreichen uns besorgniserregende Berichte, die an der sachgerechten Verwendung der Gelder Zweifel aufkommen lassen. Vorrangige Ziele in der HIV/Aids-Politik des Landes werden nach wie vor verfehlt, Prävention findet kaum statt und Aberglaube ist nach wie vor weit verbreitet. Ergebnis ist, dass 75 Prozent der 15- bis 24-Jährigen in Südafrika nicht wissen, wie sie sich sicher und korrekt vor HIV/Aids schützen können. Außerdem betreibt die Rath Health Foundation in Südafrika eine Kampagne mit dem Ziel, Krankheiten im Bereich von Herz-Kreislauf, Krebs und Aids mit Hilfe einer Mischung aus Vitaminen, Aminosäuren und anderen Mikronährstoffen zu bekämpfen und konkretisiert somit alle Strategien, um die Epidemie einzudämmen. Nach derzeitigem Stand der medizinischen Wissenschaft sind diese Behandlungsmethoden nicht geeignet, um Krebs und HIV/Aids zu behandeln. Der Leiter der Stiftung, Dr. Matthias Rath, hat bereits in der Bundesrepublik Deutschland wegen seiner unseriösen Vorschläge zur Krebstherapie Schlagzeilen gemacht und wurde wegen irreführender Werbung in Bezug auf seine Vitaminpräparate zur Heilung von Krebs verurteilt. Leider hat diese Stiftung die Zustimmung und

Sympathie der südafrikanischen Gesundheitsministerin gewonnen, und das alles vor der erschreckenden Zunahme der Prävalenzraten insbesondere bei den 15- bis 24-Jährigen.

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu diesem Thema (Bundestagsdrucksache 16/2356) belegt, dass der Bundesregierung diese genannten Vorgänge bekannt sind, sie jedoch bisher nichts unternommen hat, daran etwas zu ändern. Die Methoden der Rath Health Foundation konterkarieren jede effektive Arbeit gegen eine weitere Ausbreitung von HIV/Aids und nehmen den Tod von Menschen in Kauf, wenn vor der Anwendung antiretroviraler (ARV) Medikamente gewarnt wird. Seriöse Forschung betont geradezu, dass eine ausreichende Behandlung mit ARV-Medikamenten eo ipso präventiv wirkt, weil – korrekt durchgeführt – die Viruslasten und damit die Infektiosität der Infizierten gegen null geht. Korrekte Behandlung mit ARV-Medikamenten wäre also gerade unter präventiven Gesichtspunkten ein absolutes Gebot.

Auf dieses Versagen der südafrikanischen HIV/Aids-Politik reagiert die deutsche EZ bisher nicht. Eine sehr selbstbewusste südafrikanische Gesundheitsministerin betont das Recht Südafrikas, seinen eigenen Weg zu gehen, der nun mal nicht immer mit europäischen Vorstellungen übereinstimmt. Dabei hat die Bundesregierung Südafrika für laufende HIV/Aids-Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit 22,5 Mio. Euro zugesagt, wovon 19 Mio. Euro Zuschüsse der finanziellen Zusammenarbeit sind. Wenn deutsche Steuergelder für deutsche Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben werden, dann muss sichergestellt sein, dass diese sinnvoll und sachgerecht verwendet werden. Dazu gehört, dass gerade bei der Bekämpfung von HIV/Aids anerkannte und erfolgversprechende Behandlungsverfahren eingesetzt werden.

Obwohl die Bundesregierung über die Zusammenarbeit zwischen der südafrikanischen Regierung und der Rath Health Foundation informiert ist, hat sie doch keine eigenen Erkenntnisse über die Auswirkungen der Kampagne und unternimmt keine Vorkehrungen gegen diese verfehlte Gesundheitspolitik. Trotz der Dringlichkeit des Themas nutzt die Bundesregierung ihre Möglichkeiten nicht.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- umgehend der südafrikanischen Regierung die Unzufriedenheit mit der Umsetzung der bisherigen Maßnahmen zur Eindämmung der HIV/Aids-Epidemie zum Ausdruck zu bringen;
- geeignete Maßnahmen zu erarbeiten, die mehr als nur verbalen Druck auf die südafrikanische Regierung beinhalten, um in Zukunft die schrittweise Freigabe der Gelder zur Bekämpfung der HIV/Aids-Epidemie bei den Regierungsverhandlungen zu vereinbaren und die Freigabe dieser Gelder an das Erreichen klarer und messbarer Ziele zu knüpfen;
- bei weiterer Konterkarierung der wissenschaftlich anerkannten Behandlungs- und Präventionsmaßnahmen durch die südafrikanische Regierung die deutsche finanzielle Zusammenarbeit für HIV/Aids-Vorhaben einzustellen;
- insbesondere auf verstärkte Präventionsmaßnahmen in Funk, Fernsehen und Printmedien hinzuwirken und deren Umsetzung selbst zu verifizieren;
- der südafrikanischen Regierung zu verdeutlichen, wie wichtig die ausreichende Behandlung aller HIV/Aids-Infizierten in Südafrika ist, damit diese als potentielle Überträger selbst bei Nichtanwendung aktiver Schutzmaßnahmen nicht mehr in Frage kommen.

Berlin, den 24. Oktober 2006

**Dr. Guido Westerwelle und Fraktion**